

Stille Zeichen setzen

Der an dieser Stelle ursprünglich vorgesehene Beitrag unter dem Titel «Seesicht» ist angesichts der Ereignisse im Kantonsratssaal zur Bedeutungslosigkeit geworden. Doch Worte zu finden für dieses Unfassbare, fällt nicht leicht. Vieles lässt sich nur in Gesten und Zeichen ausdrücken, wie dies tausende von Zugerinnen und Zugern in diesen Tagen tun, so die Erschütterung, das Beileid und die innere Unterstützung für die schwer geprüften Angehörigen. Diese wichtigen, stillen Zeichen von Anteilnahme und Verbundenheit sind Pfeiler, auf der die betroffenen Familien und wir alle in Zukunft aufbauen können.

Unheimlich und ohne Horizont erscheint mir der See, dem ich in einer dieser Nächte entlang wandere mit dem Ziel, Ruhe zu finden. Noch fühle ich die Erstarrung und die Ohnmacht, die ich während der nicht enden wollenden Minuten im Kantonsratssaal erleben musste. Noch sucht mein Blick Gesichter von Kolleginnen und Kollegen, die mir nie mehr begegnen werden. Und mein Herz ist schwer beim Gedanken an die betroffenen Familien. Mein Schritt geht in die Dunkelheit, weg von Zug. Ich möchte mich vom schrecklichen Ort der

Tat entfernen, nicht mehr erinnert werden daran. Doch das hilft nichts. Ich kehre um, reihe mich ein mit den unzähligen Personen am Landsgemeindeplatz, sammle und versammle mich mit ihnen. Das gemeinsame Schweigen tut gut. Die Lichter und Blumen schaffen eine Atmosphäre des Vertrauens und der Andacht für alle Betroffenen.

Einerseits stehen die politischen Verantwortlichen vor der Herausforderung, unsere Volksvertretung bald wieder besetzen und die demokratischen Institutionen normal arbeiten zu lassen; auf vielen Personen lastet hier eine grosse Verantwortung. Andererseits mag ich gar nicht zur üblichen Tagesordnung zurückkehren: Der Respekt vor den Opfern und deren Familien gebietet, dass wir unsere üblichen Geschäfte aussetzen. Und ich spüre die Verpflichtung, dass wir nicht nur die leidvolle Seite dieses Anschlages solidarisch ertragen, sondern dass wir die Solidarität weiterleben. Dies geschieht auf persönlicher Ebene und im Kontakt mit den betroffenen Familien über die Beileidsbezeugungen dieser Tage hinaus auch in den kommenden Wochen und Monaten.

In den Medien wird viel debattiert und geschrieben, was nun alles zu tun sei. So schlägt ein Unternehmensberater vor,

das Ereignis durch einen Schriftsteller aufarbeiten zu lassen – dies wird wohl auch ohne staatlichen Auftrag dazu geschehen. Und es werden Ombuds- und andere Staatsstellen für solche Spezialfälle gefordert. Es wird beklagt, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden würden zum Teil unsensibel mit Menschen umgehen. Voreilige Vor- und Ratschläge sowie Hinweise darauf, wie man den Attentäter auch noch hätte behandeln und verstehen können, ertrage ich deshalb schlecht. Zumindest müsste man die Hintergründe der aktuellen tragischen Geschichte kennen. Man würde herausfinden, dass gerade im vorliegenden Fall Verwaltungs- und Gerichtsbehörden mehrfach Gespräche mit dem schwierigen Menschen, der im Wahn zum Attentäter wurde, geführt haben; dies ausserhalb förmlicher Verfahren bzw. ohne durch Verfahrensregeln dazu verpflichtet gewesen zu sein.

Nachdenken ist bestimmt gefragt. Die in der Bevölkerung nun gelebte Stille ist eine Einladung, dies mit Sorgfalt und mit der nötigen Ruhe zu tun. Dies gilt besonders für das nächste Jahr, in welchem auf Kantons- und Gemeindeebene Gesamterneuerungswahlen anstehen. Wenn nun überall das Zusammenstehen nicht nur gefordert, sondern auf der Strasse sichtbar gelebt wird, so ist dies eine Aufforderung, dass dies im nächsten Jahr spürbar wird. Parteipolitische Kämpfe wären problematisch. Ich vertraue darauf, dass sich vorerst die Parteileitungen mit allem Respekt und mit aller Sorgfalt über das Verhalten in den nächsten Monaten verständigen und dieses auch öffentlich kommunizieren. Dies wäre ein wichtiges Zeichen, das wir über diese Tage und Wochen hinaus setzen könnten, um die Stärke, die Solidarität und das Funktionieren unseres Staatswesens auch in schwierigen Zeiten zu beweisen. Und es wäre ein Akt des Respekts gegenüber allen Betroffenen.

Matthias Michel, Kantonsrat

